

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 60.— Mkt. Durch Austräger 800.— Mkt. pro Woche. Durch die Post 000.— Mkt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktivgenossenschaft. Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach Nr. 810 69. — Fernsprech-Anschluß: Breslau, Ring 88871

Dienstag, 6. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 50.— Mkt. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 15.— Mkt. Kleine Anzeigen per Wort 8.— Mkt. — Klamaer: Die Millimeterzelle 9 gespaltene oder deren Raum im Text 150.— Mkt.

Proletarier! Bildet die Einheitsfront gegen den Faschismus.

Der Faschismus wird zur unheilvollen Gefahr für das Proletariat Deutschlands. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Faschisten nicht nur national, sondern international rüsten, um ihre Machtpläne zu verwirklichen. Weil die Kommunisten energisch eintreten für die Belämpfung der Nationalsozialisten, deshalb wird ihre Presse gefeindelt und in Bayern werden ihre Versammlungen verboten. Die Regierung steht auf Seite der Faschisten, die sich ungehindert austoben können. Darüber täuschen Scheinmaßnahmen nicht hinweg. Der Belagerungszustand in Bayern ist nur ein Mittel, um dem stürmischen Vorwärtsdrängen der Hitlergardien einen Dämpfer aufzusetzen.

Täglich laufen neue Nachrichten ein über die Anstrengungen der Nationalsozialisten, bewaffnete Verbände zu werden und zu organisieren. So teilt das „Hamburger Echo“ mit, daß in der ganzen letzten Woche vor dem Curiohaus in Hamburg, wo sich das Büro eines angeblich in Bundes-Deutscher Offiziersfrauen befindet. Trupps von echten Landsknechtstypen beobachtet worden sind. Es begab sich um ehemalige Hamburger Putschisten, die es sehr geschickt verstanden haben, sich vor den Behörden den Anschein zu geben, als handelten sie im vollen Einverständnis mit der Reichsregierung. Nachfragen in Berlin, so sagt das sozialdemokratische Blatt, haben ergeben, daß hier von keine Rede sein kann. Unheimlich weiß in der Regierung die linke Hand nicht, was die rechte tut. Aus Zella-Mehlis wird gemeldet, daß Faschistenverbände versuchten, in die dortige Waffenfabrik einzudringen. Aus dem Ruhrgebiet kommen immer wieder Nachrichten von nationalistischen Hezereien, die offenbar auf die Faschisten zurückzuführen sind.

Die wachsende Gefahr macht überall die Arbeitermassen lebendig. In Hannover wurde von der KPD und BSPD eine gemeinsame Versammlung abgehalten, in der ein Gelöbnis zu gemeinsamen Kampfe trotz aller Sabotageversuche abgelegt und ein gemeinsamer Aufruf herausgegeben wurde. Aus den bemerkenswerten Ausführungen der Genossen von der Sozialdemokratischen Partei heben wir hervor:

Genosse Beisner (BSPD) erklärte, daß er immer da stehen wird, wo man den gemeinsamen Feind bekämpft. Am Dienstag hatten die Kommunisten gezeigt, daß sie auf dem Posten sind. Er findet es unerhörte, daß Roste die holländische Versammlung nicht verboten hat. Nicht eadewollender Beisfall wurde ihm gezollt, als er sagte, daß der Oberpräsident kein Sozialdemokrat sei. Ueberläßt es uns, ries er der Versammlung zu, mit Roste in unserer Partei abzurechnen. Ich verleihe, im Betrieb und auch in der Partei für die gemachten Vorschläge einzutreten.

Genosse Senger (BSPD) begrüßte die Einberufung der Versammlung. Er wandte sich gegen die Koalitions-politik seiner Partei und hoffte, daß wir bald eine Arbeiterregierung erkämpfen werden. Die letzten Vorgänge in Deutschland zeigen der Arbeiterschaft, wohin wir mit der bisherigen Politik gekommen sind. Schauen wir nach dem Osten, nach Sowjetrußland. Er ist heute überzeugt, daß nur das Sowjetrußland uns noch retten kann. Er verspricht ebenfalls, in seiner Partei dafür einzutreten, daß der Kampf gegen den Faschismus gemeinsam mit den kommunistischen Kameraden organisiert wird.

In der Abwehr der gemeinsamen Gefahren müssen die Arbeiter zusammenstehen. Sie müssen jede Sabotage des Kampfes verhindern und ihre Führer zu den notwendigen Maßregeln zwingen. Überall wo die Arbeiterschaft ihre Vertreter hat, müssen sie zum Handeln gebracht werden.

Unsere Thüringer Bezirksorganisation hat einen Weg gewiesen. Sie hat an die sozialdemokratische Regierung Thüringens sofort nach dem Bekanntwerden der Geräter Faschistenverhaftungen (bekanntlich hat die Regierung Cuno über den Kopf der Thüringer Regierung hinweg die Freilassung der verhafteten Faschisten verfügt) einen Brief geschrieben, in dem sie ihr folgende Forderungen stellt:

- 1. Errichtung von Arbeiterwachen und Bewachung der organisierten Arbeiter.
2. Verbot aller monarchistischen, nationalsozialistischen, deutschnationalen und konterrevolutionären Versammlungen. Unterdrückung aller nationalsozialistisch-konterrevolutionären Vereinigungen und Druckschriften.
3. Beschaffung aller konterrevolutionären Führer und Leiter der Geheimbünde.
4. Bei allen Behörden sind Kontrollauschüsse aus Angehörigen der Arbeiterorganisationen zu schaffen, die

Schluß mit der Komödie!

Der Reichskanzler Dr. Cuno gab einem holländischen Pressevertreter Erklärung über den „zielklaren Weg“ der deutschen Regierung. Er sagte u. a.:

„Dem Weg der Verhandlungen hat Frankreich den Weg der Gewalt vorgezogen. Von dem Augenblick an, wo französische Truppen in das Ruhrgebiet eingebrochen sind, ist die Linie der Politik haarfarrig vorgezeichnet. Es ist die Politik passiven Widerstandes, die von der Einmütigkeit des Kabinetts und des Reichstags und von der ernstlichen und zielbewußten Volksmeinung getragen wird, eine Politik, deren Festigkeit durch das, was wir in den letzten Wochen haben erleben müssen, nur noch verstärkt worden ist.“

Die Kosten des passiven Widerstandes hat das Proletariat zu tragen.

Cuno erklärt weiter:

„Die Einfachheit unserer Politik ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die schlimmsten Folgen der Besetzung nicht schlimmer sein können als die Folgen eines Nachgebens.“

Offener kann der Bankrott nicht erklärt werden.

Inzwischen springen die Preise rapid in die Höhe, von Tag zu Tag drängen die Verhältnisse zu erheblicher Produktionseinschränkungen, d. h. zur Arbeitslosigkeit. Frohlockend teilt das Sinnesblatt, die „Deutsche Allgem. Zeitung“, mit, daß die Bahnhöfe im Industriegebiet vollständig verstopft seien, die Kohlenzüge weder ein noch aus können und daher auch Lebensmittelfüge nicht durchgeführt werden können. Das Sinnesblatt frohlockt, die Arbeiter, die gesamte Bevölkerung des Gebietes wird in schwere Ernährungsnot hineingeraten. Und man frohlockt darüber, daß im französischen Industriegebiet über 30 Hochöfen außer Betrieb gesetzt werden mußten, weil es an Koks fehlte.

Mit diesen Tatsachen-Meldungen demonstriert Poincare dem französischen Volke die Notwendigkeit der Ruhrbesetzung und die Uebernahme des Eisenbahnbetriebs durch Frankreich, weil man nicht dulden könne, daß die französische Industrie durch das mit den Reparationen und Sachlieferungen im Rückstand bleibende Deutschland vollständig ruiniert werde.

Die deutschen Kapitalisten liefern den französischen Chauvinisten die Argumente für ihre Heftigkeit. Und die französischen Kapitalisten treffen Maßnahmen, die den

deutschen Chauvinisten die Argumente für nationalistische Hege in Deutschland liefert.

Es ist Zeit, daß die Arbeiterschaft diesen Herrschaften in den Arm fällt!

5. Februar 1923.

Aus der kapitalistisch-sozialdemokratisch-reformistischen Wirtschaft.

Als deutliche Zeichen des kapitalistischen Wiederaufbaues, der Erfolge sozialdemokratischer Koalitions-Erfüllungspolitik, der gewerkschaftsbureaukratischen Arbeitgemeinschaftspolitik verzeichnen wir:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Zollaufgeld, Dollar (Berlin), Dollar (New York).

Es kostet:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include 1 Liter Milch, 1 Pfd. Butter, 1 Pfd. Kaffee, 1 Ei, 1 Pfd. Schweinefleisch, 1 Paar Schuhsohlen.

Im Ruhrgebiet sind die Bahnhöfe verstopft. Die Kohlen- und Holztransporte stocken. Im französischen Industriegebiet müssen schon über 30 Hochöfen ausgebläsen werden.

Teuerung und Arbeitslosigkeit verschärfen sich von Tag zu Tag.

Ab 1. Februar werden den Beamten und Angestellten der Behörden in Breslau 3 Prozent vom Gehalt abgezogen. Die gesamten Kosten der Folgen der Ruhrbesetzung und des patriotischen Rummels tragen also die Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Inzwischen schreitet die Besetzung weiterer deutscher Gebiete fort. Französisches Militär ist in Baden eingerückt. Der Dollar klettert weiter. Das Riesengeschäft der Kapitalisten, Schieber und Wucherer wächst ins Unendliche. Arbeiter, Angestellte und Beamte! Macht endlich Schluß mit der Komödie des nationalen Rummels. Fort mit der Regierung Cuno! Her mit der Arbeiterregierung! Das ist die Forderung der Stunde.

Die Konferenz in Lausanne gescheitert.

Lausanne, 5. Februar

Die Alliierten machten zwar in ihren Abänderungsvorschlägen in bezug auf die Reparationsschuld, die türkischen Reparationsforderungen sowie den Verteilungsplan der osmanischen Schulden beträchtliche Konzessionen und tamen auch in der Kapitulationsfrage und dem türkischen Bewaffnungsrecht in Syrien der Türkei mehr als bisher entgegen. Die Meerengen- und die Mosulfrage ist aber nach wie vor unerledigt. Die türkische Delegation hat den englischen Vorschlag, die Mosulfrage durch den Völkerbundrat lösen zu lassen, energisch bekämpft.

Es wurden noch einmal Einigungsversuche zwischen den Alliierten und den Türken angebahnt, die aber endgültig scheiterten. Am Sonntag, abends 7,45 Uhr, wurden die Beratungen zwischen den Türken und den Alliierten, die den ganzen Vormittag gedauert hatten, ergebnislos abgebrochen.

Aktion der nordischen Arbeiterparteien gegen Poincare

Das Sekretariat der nordischen Arbeiterparteien, der Zentralvorstand der norwegischen Arbeiterpartei (kommunistisch) und der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei haben einstimmig beschlossen, bei den schwedischen und dänischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften Schritte zu unternehmen, um eine internationale Aktion gegen die Okkupation des Ruhrgebietes einzuleiten. Boykott und Blockade jeglicher Ausfuhr aus Frankreich und jeglicher Einfuhr nach Frankreich wurden vorge schlagen.

Die Arbeitslosigkeit wächst.

Das eben erschienene „Reichsarbeitsblatt“ berichtet über den Arbeitsmarkt im Dezember und in der ersten Hälfte Januar. Aus diesem Bericht geht hervor, daß sich die Arbeitslosigkeit im Dezember verdoppelt hat. Die Zahl der untersuchten Erwerbstätigen stieg von 42 830 auf 82 427. Am 16. Januar waren es sogar schon 97 000. Arbeitslos überhaupte waren am 16. Januar 253 929 Männer und 103 512 Frauen. Auch die Krankenlistenstatistik und die Arbeitslosigkeitsstatistik der Arbeiterfachverbände zeigt eine gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit. Ebenso hat die Kurzarbeit weiter zugenommen.

Offenburg und Appenweier besetzt.

Offenburg, 4. Februar

Französische Kavallerie rückte in Stärke von mehreren Schwadronen in Offenburg in Baden ein und besetzte ferner auch die Stadt Appenweier.

Die französische Regierung begründet ihre Maßnahmen mit neuen Verletzungen des Artikels 367 des Vertrages von Versailles.

Die Besetzung weiterer Gebiete Badens — Offenburg und Appenweier liegt an den wichtigsten Bahnstrecken — ist die neueste Folge Cuno'scher Katastrophen- und Poincare'scher Gewaltpolitik.

Die Börse hat auf die Besetzung Badens mit einem abermaligen Einlen der Markt gemurmelt.

Selbstverständlich schlachten die Bürokraten das Bordrängen französischer Truppen zu Besetzung des abflauenden nationalen Rummels aus.

Für das revolutionäre Proletariat in beiden Ländern ist die Besetzung Badens indessen nur ein Anlaß, die Cuno- und Poincarepolitik mit verdoppelter Energie zu bekämpfen.

# Reichsparteitag der KPD.

Bericht vom 4. Weltkongress. Referat der Genossin Clara Zetkin.

## Parteitag, Dienstag nachmittag.

Mit lebhaftem Gendeklaten begrüßt, betritt Genossin Clara Zetkin die Tribüne. Sie führt aus:

Genossen und Genossinnen: Der 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale war im großen und ganzen eine Tagung der Bestätigungen. Das soll unter keinen Umständen bedeuten, daß es eine Tagung des Stillstandes gewesen sei. Im Gegenteil. Aus dieser Tagung geht der Wille zur Weltrevolution gesteigert an Kraft klarer und sicherer als je hervor. Wesentlich ist die außerordentliche Arbeitsfreudigkeit und Gewissenhaftigkeit, mit der der Kongress seine Arbeit vollzogen hat. Es war in der Tat eine

### Tagung der Arbeit.

32 Plenarsitzungen und mehr als 100 Sitzungen der Delegierten in Kommissionen vereinigten die Kongressdelegierten. Aus der überreichen Tagesordnung seien nur der Bericht des Genossen Sinowjew über die 15monatige Tätigkeit der Exekutive seit dem letzten Kongress, ferner die Beratungen über die nächsten Aufgaben der kommunistischen Internationale, über die Frage der Offensive des Kapitals, die Orientfrage, die Agrarfrage, die Genossenschaftsfrage, die Frauenfrage, Jugendpflege hervorgehoben. Manche Kritiker meinten, vielleicht sei ein wichtiger Unterschied zwischen den Sitzungen der alten 2. Internationale und denen der kommunistischen Internationale. Die Zweite Internationale war nur eine lose zusammenhängende Gesamtheit einzelner Parteien, die sich vor jedem Eingriff in das eigene Leben der einzelnen Parteien und sie erzielte durch keine Einheitlichkeit der Aktion, abgesehen von jenem ersten Beschluß im Jahre 1889 zur Feier des 1. Mai, die dann selbst zu einer Spottgeburt zerfiel.

Im Gegensatz hierzu ist die kommunistische Internationale eine streng organisierte einheitliche Partei. Wir stehen in einer revolutionären Situation, wo die Parteien jederzeit schlagfertig sein müssen. Unsere Sektoren sind noch jung und müssen noch in der Arbeit geübt werden. Darum wird die Einrichtung, die der 4. Weltkongress getroffen hat, die Erweiterung der Aufgaben des Kongresses durch die erweiterte Exekutive vorzunehmen, zu einer ständigen Einrichtung werden.

Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, die Arbeiten des Kongresses chronologisch aufzuzählen, das können die Genossen sich weit besser aneignen durch das Studium der Protokolle und der Beschlüsse. Mir kommt es darauf an, die Tendenzen und Strömungen in der Arbeit des Kongresses zu schildern. Die Tagung war getragen von dem Bewußtsein, daß die heutige Aufgabe der KPD vor allem

### die Steigerung der Aktivität des Weltproletariats.

Bei unserer Arbeit war es wesentlich, daß die Aufklärung der deutschen Delegation keine einheitlich war. Wir haben darauf verzichtet, formale Majoritätsbeschlüsse herbeizuführen, und haben der Minorität volle Meinungsäußerung gestattet. Dabei machten wir die letzte Erfahrung, daß die Forderungen des Münchener Postbroschüre, die wir manchmal in Berlin gepostet hatten, auf der Novemberreise eingetroffen zu sein scheinen, und daß sie recht milde Klänge bei den Plenarsitzungen im Kreis der Delegierten allerorts schon im Kreise der deutschen Delegation. Die Gegenstände kamen besonders zum Ausdruck bei der Diskussion über den Tagesberichts Sinowjews und bei der Debatte über die Offensive des Kapitals. Von Seiten unserer Linken hat man gesagt, die Aufgabe des 4. Weltkongresses sei gewesen, eine Korrektur an der opportunistischen Entlassung des 3. Kongresses vorzunehmen. Er habe getrieben unter der Forderung: Zurück zum 2. Kongress! In Deutschland hat man nachträglich gesagt, der 4. Weltkongress habe wieder gutgemacht, was der 3. gegen die Linke geleistet hat. Das ist eine mechanische und kindische Auffassung. Der 3. Weltkongress hatte eine größere Aufgabe als die Aufklärung einiger linker Vorzeichen. Er hatte zu fortgeritten die falschen Schlüsse, die von einigen Seiten aus einer richtigen Auffassung gezogen wurden. Er hatte zu fortgeritten die Opportunistiche oder Opportunistische, wie man sie auch genannt hat.

Die Grundlage dieser Auffassung ist die, daß, nachdem die objektive Reife gegeben sei, notwendig auch die subjektive Reife für die Durchführung der Weltrevolution vorhanden sein müsse. Es genüge, wenn eine revolutionäre Herbst die Führung übernehme, die Massen würden dann folgen.

Im Gegensatz hierzu steht die revisionistische Auffassung, die aus derselben Tatsache heraus, daß das Weltproletariat noch nicht zur Weltrevolution gekommen ist, zu dem Schluss kommt, daß die objektiven Voraussetzungen für die Durchführung der Weltrevolution nicht gegeben seien.

Beide Auffassungen sind falsch. Führt die Vorstellung, daß es genüge, wenn ein kommunistischer Generalkab die Führung übernimmt, ohne daß

### breite revolutionäre Massen

hinter ihm stehen, zum politischen Abenteuer, so führt die revisionistische Auffassung zum Stillstand, zum Verzicht auf die Weltrevolution. Der 4. Weltkongress hatte die Abgrenzung gegen diese beiden Gefahren vorzunehmen. Diese Debatten erinnern an die Revision, die Lenin und Engels in den fünfziger Jahren nach dem Zusammenbruch der revolutionären Epoche an ihrer Theorie vorzunehmen mußten. Aber, hierin zeigt sich der ganze Unterschied der beiden Epochen. Heute sind es nicht mehr zwei Gelehrte, die in ihrer Studierstube theoretische Probleme entrollen, heute steht das Weltproletariat auf der Tribüne der Geschichte, und es vollzieht sein Urteil über die Tugenden der Periode der verfallenden kapitalistischen Wirtschaft.

Was der 3. Weltkongress in der Hauptsache geleistet hat, hat nicht zu tun mit einer Herangebung der linken und rechten Vorzeichen. Es wurde auch keine Scheidung nach links gezogen und keine Annäherung nach rechts gemacht. Wenn Ruth Sikler sagt, die Trennungslinie gegen Paul Levi sei nicht klar genug gezogen worden, so sagt Sinowjew: Der 3. Kongress hatte die Aufgabe, Paul Levi zu isolieren; er mußte sich von den berechtigten Kritikern, die das Bewußtsein jeder revolutionären Partei ist, und der Preisgabe der Revolution.

Zwischen der Entscheidung des 3. Kongresses hat sich innerhalb der deutschen Partei eine Scheidung vollzogen. Wir sind nicht nur Paul Levi losgeworden, sondern alle jene Elemente, die sich innerlich von der proletarischen Revolution selbst losgerissen hatten. Wenn Ruth Sikler ferner sagt: Wir hätten die Epoche vermeiden können, so möge sie sich doch daraus erinnern, daß Friedland in Moskau zu den Radikalisten gehörte, daß er aber zu jenen Elementen gehörte, denen die notwendige grundsätzliche Festigkeit fehlte, um in den Zeiten des Überganges der Revolution die Klarheit zu behalten.

Die weltpolitische Situation ist heute durch und durch revolutionär und gerade darum heißt heute die Lösung für die KPD, für die KPD, heute in die Welt!

## Abwehrmaßnahmen der Arbeiterklasse Frankreichs gegen den Faschismus.

Wie die „Humanité“ vom 28. Januar berichtet, konnten die französischen Faschisten, die anfänglich des Begriffs ihres ermordeten Redakteurs einen Massenaufmarsch planten, trotz der eifrigen Unterstützung der Regierung und der Finanzierung des Säntenskomitees kaum 3000 Mann auf die Beine bringen. Der Tag war eine große Blamage für die Nationalautoritäten, die hofften, durch eine große nationale Manifestation die nationalistischen Instinkte aufzuputtschen.

Um so größer war der Erfolg des revolutionären Proletariats. Infolge des Aufrufes des revolutionären Aktionskomitees der KPD und der Roten Gewerkschaften gegen den Faschistenputsch marschierten Tausendtausende des Proletariats zum Schutz der proletarischen Institutionen an. Die Gebäude der Parteizentrale, der Redaktion, der Arbeiterbörse und aller Arbeiterinstitutionen waren von kampfbereiten Arbeitern besetzt.

### Woher kommt das Geld der Nationalsozialisten?

Die Nationalsozialisten treiben einen großen Aufwand. Sie geben zahlreiche Flugblätter und Flugdriftten heraus, veranstalten Versammlungen und Fahnenweihen, unternehmen Expeditionen, kaufen Waffen und Ausrüstungsgegenstände, halten Autos, zahlreiche Angestellte usw. Es ist also gut erklärlich, daß man allenthalben fragt, woher die Faschisten das Geld dafür hernehmen. Ihre Verbindung mit dem Großkapitalisten Huggenberg ist in letzter Zeit bekannt geworden. Nun bringt das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ vom 30. Januar in der Form einer Anfrage eine neue Enthüllung. Das erwähnte Blatt schreibt:

„Wier kann es nicht wundernehmen, daß über die Herkunft der den Nationalsozialisten zur Verfügung stehenden großen Mittel die verschiedenen und ungeschlossenen Gerichte immer mehr bestimmte Formen annehmen. Die Parteileitung der Nationalsozialisten wird deshalb dringend ersucht, auf folgende Anfrage zu antworten: Ist es richtig, daß Beauftragte der nationalsozialistischen Partei vor 14 Tagen bei der Deutschen Bank (Sikler Münzen) eine Franco-Summe ausbezahlt bekommen haben, deren deutscher Gegenwert damals 30 bis 40 Millionen Mark betrug?“

Woher sollten die Nationalsozialisten wohl 40 Millionen in französischen Noten bekommen haben? Nun, sei dem, wie es wolle. Die Franzosen sind ja sicher bereits in gute nationaldeutsche Marks umgewandelt und Geld kauft bekanntlich nicht. Patriotismus aber alles!

### Der Stellungskrieg an der Ruhr.

Der französische Pressedienst in Düsseldorf erklärte, die alliierte Ingenieurkommission wolle nunmehr eine abwartende Politik betreiben, bis die deutschen Industriellen im Ruhrgebiet sich heimsuchen und sich bereit erklären, die Entscheidung der Alliierten anzunehmen und durchzuführen. Die Truppen werden solange im Ruhrgebiet verbleiben, bis sie dieses Ziel erreicht haben.

„Matin“ meint, daß sich innerhalb des Reichslabnetts eine gewisse „Evolution“ vollzogen. Vor zwei bis drei Wochen konnte aber kein bestimmter Vorstoß erwartet werden. Erst mußte die Bevölkerung einen Druck auf die Großindustriellen ausüben. Frankreich wird die deutschen Angebote abwarten, doch selbst keine Initiative ergreifen, da es genügend Pönder besitzt.

Der englische Oberstaatsanwalt Douglas Hoag erklärte in einer Rede, es bestehe kein Zweifel über die Perfektivität der deutschen Regierung, die in bewußter Weise die Spekulation ermutigt und zur Entwertung der deutschen Mark beiträgt. Es ist gewiß, daß die englischen Truppen den Rhein nicht verlassen werden.

Mussolini erklärte im italienischen Ministerrat, die französischen Zwangsmaßnahmen haben keinerlei Komplikationen hervorgerufen und auch die Kohlenzufuhr nach Italien sei regelmäßig. Die Lage im Ruhrgebiet habe aber schwere Rückwirkungen auf Lantann: gehabt.

Wie in Paris verlautet, soll die internationalisierte Kontrollkommission in den nächsten Tagen eine Vernehmung Deutschlands auch betreffend die Ablieferung von Waffen fernstellen.

„Chicago Tribune“ zufolge ließ der Internationalen-vorschlag Brantings (2. Internationale) in Paris darauf hinaus, daß Deutschlands den französischen Moratoriumsplan annehme. Frankreich dagegen die Stadt Essen als Pfand behalte.

### Die Spitzenorganisationen werden bei Claus vorstellig.

#### Zwischenverhandlungen der Arbeiter.

Am Freitag wurden die Vertreter der Spitzenorganisationen bei den einzelnen Aktions der Reichsregierung vorstellig wegen des völligen Stillstandes der Regierung der Auswanderung der breiten Massen gegenüber. Es sei eine unerhörte Lebensmittelpolitik eingetreten, unter dem Vorwand des Marktlückens seien tausende deutsche Arbeiter nutzlos verhungert worden, in denen nur geklammerte Arbeit stehe, die von den Arbeitern zu den alten Löhnen abgegeben wurde. Das Ministerium machte allerhand nichtssagende Ausflüchte und vertonte die Gewerkschaftsführer auf weitere Beschwerden.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben also wieder einmal petitioniert und sind von der Claus-Regierung mit nichtsagenden Redensarten weggeschickt worden. Jeder Arbeiter weiß heute, daß vom Großkapital und seiner Regierung mit im härtesten Kampf etwas zu erreichen ist. Statt die Mitspracherecht der Gewerkschaftenmitglieder nicht zu machen und die Regierung unter den besten Vorwand einer großzügigen proletarischen Aktion zu stellen, erheben die irrenden Gewerkschaftsführer „Beschlüsse“ und bleiben in der nationalistischen Einheitsfront mit Claus und Stines.

Aber die Arbeiter müssen weiter hungern! Jeden Tag verharzt sich die Kollage. Sie müssen den Weg finden, der Ausbeuterklasse die Macht der Arbeitenden entgegenzusetzen. Das Proletariat fordert Leben!

## Die Frage der proletarischen Einheitsfront.

Es ist bekannt, daß die italienischen und die französischen Genossen der Forderung der Einheitsfront zunächst bestigsten Widerstand entgegensetzten. Auf dem Kongress allerdings hat sich Genosse Bordigha, der hervorragendste theoretische Vertreter der Kritik an der Einheitsfront, im großen und ganzen auf die Erklärung beschränkt, er sei mit dem Gehör dieser Forderungen einverstanden, verlange jedoch gewisse Einschränkungen in der Praxis. Die Debatten wurden wesentlich dadurch vereinfacht, daß die Vertreter der französischen und der italienischen Partei erklärten, daß sie unter allen Umständen bereit seien, sich den Beschlüssen des Kongresses zu unterwerfen.

Genosse Sinowjew hat erklärt, die Parole der Einheitsfront sei relativ am besten durchgeführt worden in Deutschland und in der Tschechoslowakei. Das hat die Genossen russischer Veranlassung, die Fehler und Mängel der Praxis der Einheitsfront in Deutschland insbesondere während der Rathenau-Kampagne, hervorgehoben. Es besteht kein Zweifel, daß manche Einzelheiten dieser Kritik durchaus berechtigt sind, so sind die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen so lange gehalten worden. Hier und da sind auch Entgleisungen vorgekommen. Es ist aber nicht richtig, hieraus Schlüsse zu ziehen auf eine opportunistische Einstellung der Partei, die das Gebiet der alten Sozialdemokratie bildet, oder auf eine zu starke Rücksichtnahme der Partei auf ihre organisierten Stärke. Die Mängel und Entgleisungen erklären sich aus der noch ungenügenden organisatorischen Stärke der Partei. Sie haben nicht gehindert, daß die Rathenau-Kampagne im großen und ganzen großartig durchgeführt wurde.

Der auch der linken unbedächtige Genosse Bucharin hat gesagt, daß auch die Rücksicht auf die organisatorische Stärke der Partei ihre Berechtigung habe. Letzten Endes sind manche radikale Elemente unter und gegen die Einheitsfront und noch mehr gegen die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, weil sie davon eine Verwässerung befürchten. Wir aber sagen umgekehrt: Je breiter die Front, um so notwendiger die Herausarbeitung einer eigenen kommunistischen Auffassung. Die Tatsache besteht, daß große Massen noch nicht von dem verdummenden, erlösenden Einfluß der reformistischen Organisationen befreit sind und trotz allen Verrats ihnen blindlings folgen. Wir geben nichts preis von unserer grundsätzlichen Auffassung, wenn wir uns an den Verhandlungen teil nehmen mit Leuten, mit denen die gleiche Luft zu atmen für uns schon ein Opfer ist.

Ein weiterer Gegenstand lebhafter Debatte bildete

### die Frage der Arbeiterregierung.

Das Mißtrauen gegen die Arbeiterregierung ist indessen weniger begründet in einer wirklich bestehenden opportunistischen Gefahr als in der eigenen Unsicherheit unserer Opposition. Gefahren sind da, um überwinden zu werden. Wir wollen uns den Gefahren ausweichen, so würden wir nicht zur revolutionären Partei, sondern zu philosophischen proletarischen Massen, die es möglich sei, innerhalb der bürgerlichen Demokratie wesentliche Errungenschaften für das Proletariat zu erringen. Man kann nicht neuen Wein in alte Schläuche füllen. Man muß sie sprengen. Das hat schon Karl Marx bei der Pariser Kommune gesagt. Das hat auch die Geschichte der russischen Revolution gezeigt.

(In diesem Augenblick wird die Nachricht, daß die schärfste Regierung zurückgetreten ist, durch Lichtbildtelegramm bekanntgegeben.)

Genossin Zetkin, fortfahrend: Die Arbeiterregierung bedeutet keine Milderung des Klassenkampfes, sondern seine Vertiefung und Steigerung. Die Formen, in denen sie sich verwirklichen wird, hängen von den historischen Umständen ab. Sie könnte auch auf Grund einer parlamentarischen Mehrheit in Erscheinung treten, aber nur dann, wenn die proletarische Mehrheit die Widerstandsfähigkeit starker proletarischer Kämpfe innerhalb des Parlaments ist.

### Die Aufgabe der Schaffung eines Programms der Kommunistischen Internationale.

Das Programm der Kommunistischen Internationale war dem Kongress gestellt. Er hat sie aber noch nicht erledigt. Die deutsche Opposition hat den vorgelegten Programmentwurf abgelehnt wegen seiner Verknüpfung mit den Übergangsbedingungen, die sie als opportunistische Konzessionen an die reaktionäre Sozialdemokratie ansieht. Es besteht kein trennender Gegensatz zwischen dem grundsätzlichen Programm und den Übergangsbedingungen. Sie verhalten sich zueinander wie Theorie und Praxis. Unsere Grundzüge sind keine abgeschlossenen Bestimmungen. Unsere tatsächlichen Forderungen dürfen keine Schuttblattstelle werden. Es muß ein enger innerer Zusammenhang zwischen beiden bestehen.

Die Geschichte der 2. Internationale, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zeigen, wie verhängnisvoll die Trennung zwischen Theorie und Praxis ist. Die Trennung zwischen Theorie und Praxis ist eben so verhängnisvoll, wie es aber, wenn wir eine klare Grenzlinie ziehen zwischen unserer Politik vor und nach Eroberung der politischen Macht. Das revolutionäre Zeitalter läßt solche Scheidewände nicht zu. Sowjetrußland beweist, daß die Übergangsbedingungen notwendig sind, zur Behauptung der kommunistischen Macht, als Ausnahme zu ihrer Verteilung. Es erübrigt sich wohl, den Genossen eingehend gegen die Angriffe der Linken in Schutz zu nehmen. Er hat den Beweis seiner strengen marxistischen Schulung geliefert. Wenn die Frage der Übergangsbedingungen auf dem Weltkongress nicht diskutiert wurde, so hat doch die russische Delegation eine Erklärung abgegeben, daß die Berechtigung des Programms mit Übergangsbedingungen keinen Schluss auf opportunistische Tendenzen zulasse. Diese Erklärung ist auch vom Genossen Bucharin unterzeichnet. Die deutsche Minderheit hat sich über ihre Niederlage in dieser Frage getrübt durch die Art und Weise, in der

### die französische, die italienische, die tschechoslowakische und die norwegische Frage.

auf dem Weltkongress gelöst wurden. Die Kämpfe in diesen Parteien sind nicht gleichgültig mit den Kämpfen in der KPD. Die deutsche Partei ist entstanden und hat sich entwickelt im Kampf gegen den Opportunismus. Auch die linken Unabhängigen, die zu uns gestoßen sind, haben einen klaren Kampf gegen den Opportunismus geführt. Das heißt natürlich nicht, daß alle Mitglieder unserer Partei wascheite, durchgebildete Kommunisten sind. Die reformistische Sozialdemokratie leben einem unserer Genossen ebenso an wie die KPD. Die KPD ist eine andere. Der Opportunismus und der Reformismus sind die Feinde der gleichen Angelegenheit, aus der nullen politischen Situation herauszuwachen. Sie erfinden der gleichen Situation herauszuwachen. Sie erfinden der gleichen Situation herauszuwachen. Sie erfinden der gleichen Situation herauszuwachen. Sie erfinden der gleichen Situation herauszuwachen.

# Die SPD.-Presse zum Sturze der sogenannten Arbeiter-Regierung in Sachsen.

Die „Volkswacht“ das „Organ“ des Herrn Birnbaum, „für die werktätige Bevölkerung“ trieb in den Nr. 26 vom 31. Januar nachstehende lieblich duftende Blüte:

Es ist das zweitemal, daß die Kommunisten in Sachsen einen schweren Schlag gegen die rein sozialistische (? Es soll wohl heißen „sozialdemokratische“ Die Red.) Regierung geführt haben.

Jetzt hat sie (die SPD.), was die vereinigten bürgerlichen Parteien nicht erreichen konnten, mit deren Hilfe zustande gebracht: Den Sturz der sozialistischen Regierung Sachsens. Dieses Verhalten der Kommunisten kann natürlich nicht ohne Folgen auf die Politik unserer Partei in Sachsen bleiben. Immer wieder hat sie sich eifrig bemüht (1), ein Einvernehmen mit den Kommunisten herzustellen und immer wieder ist die Idee im Interesse der arbeitenden Bevölkerung geführte Politik von den Kommunisten durchkreuzt worden. Es hat sich auch in Sachsen gezeigt, daß mit dieser Partei unmöglich regiert werden kann. Wenn jetzt unsere sächsischen Genossen den Versuch unternehmen werden, eine neue Regierung auf breiterer Basis und unabhängig von den Kommunisten zu schaffen, dann werden sie von den Kommunisten wieder als „Arbeiterverräter“ und „Kapitalknechte“ bezeichnet werden. (Und das mit vollem Recht! Die Red.) Die arbeitende Bevölkerung Deutschlands wird aus dem sächsischen Beispiel klar erkennen, wo die wirklichen Arbeiterverräter sitzen.

Dafür werden wir, das können wir der geehrten „Volkswacht“-Redaktion versprechen, uns nach Kräften einsetzen — auch wenn es den SPD.-„Führern“ nicht gefällt! Die „Volkswacht“ vom 1. Februar läßt sich von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Sachsens Nachstehendes berichten:

„Wüste Angriffe (1) Beschuldigungen und Verleumdungen (1) das war eigentlich der Ton aller kommunistischen Redner, die wir im neuen Landtag gehört haben. In keiner Phase der ernste Wille tatkräftiger Mitarbeit im Sinne der neuen Zeit, (?) ganz wahllos (1) stellten sie Forderung um Forderung auf, ohne je daran zu denken, ob die Durchführung möglich ist oder nicht. (1. . .)

Jedenfalls wollten die Kommunisten für ihren Parteitag in Leipzig einen dramatischen Auftakt schaffen (1) und die kleinen Geister glaubten zweifellos, daß sie bei den Oberen der kommunistischen Zentrale eine gute Note bekommen würden. Darum ist ja schließlich auch der Antrag, dem Minister des Innern, Lipinski, ein Mißtrauensvotum zu erteilen, entstanden. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sollten ihnen helfen, ihren Parteitagen wieder strotzen zu lassen. Ein Vorwand dazu bot eine Wulstversammlung in Leipzig, für deren Verbot der Minister nicht eingetreten war, weil dazu keine rechtliche Handhabe vorlag. (11)

Diese an sich wenig weltbewegende Wulst-Versammlung (die von größter Bedeutung ist für das Schicksal der Arbeiterenschaft Sachsens D. Red.), gab den Kommunisten Anlaß für ein Vorgehen, mit dem das sächsische Volk (?) ungemein geschädigt wird. (1?)

Die Kommunisten zeigen sich immer deutlicher als die Zuträger für die antirepublikanischen Tendenzen (11). Deshalb gehören sie in eine öffentliche Kiste mit den stillen und öffentlichen Fasziisten. Sie müssen von den Arbeitern mit derselben Energie bekämpft werden, wie jene Kreise um Siller und Wulle. (111)

(Wir haben die Aeußerungen der „Volkswacht“ ausführlich zitiert, um ihr zu beweisen, daß wir keine Bedenken kennen, unseren Lesern mitzuteilen, was sie über

die Kommunisten sagt. Wir nehmen an, daß sich die „Volkswacht“ revanchieren wird. D. Red.)

Die wahre Haltung der Sozialdemokratie zur Arbeiterregierung läßt sich aus dem „Vorwärts“ erkennen. In Nr. 51 heißt es da, daß die Lebensart von einem Betriebsräte, der jetzt eine Arbeiterregierung zu bilden habe, im besten Falle kindische Phantasereien und im schlimmeren Falle bewußte Provokationen sind.

Es war vorauszu sehen, daß die SPD.-Presse sich mit der gestürzten Regierung solidarisiert und den Kampf gegen die Kommunisten verstärken wird. Diese Demagogie machen nach dem Grundsatz „Haltet den Dieb“ der SPD. den Vorwurf, daß sie der Reaktion Zutreiberdienste leistet. Die SPD.-Arbeiter, die den wahren Zusammenhang nicht kennen, denen die SPD.-Presse absichtlich die Wahrheit verschweigt, werden von den SPD.-Drachziehern gegen die Kommunisten gehetzt. Wenn sie glauben, daß die gutgläubigen SPD.-Arbeiter niemals die Wahrheit erfahren, niemals erkennen werden, wie schamlos sie bisher von ihren „Führern“ betrogen wurden, so irren diese Demagogen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ und ihre Leser werden dafür Sorge tragen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 31. Januar u. a.:

Die Aufgabe der Regierungsbildung fällt der Landtagsmehrheit zu, die die sozialistische Regierung gestürzt hat. Bürgerliche und Kommunisten haben jetzt das Recht und die Pflicht, die neue Regierung zu bilden — wenn sie eine zustande bringen.

Die „Leipziger Volkszeitung“ macht zwar selten Witze, aber diesmal hat sie gute gemacht. Sie schreibt weiter:

Nach parlamentarischem Brauch, den ja auch die Kommunisten anerkennen, indem sie sich auf den Kampfboden der bürgerlichen Demokratie stellen, haben die Mehrheitsparteien die neue Regierung zu bilden. Man darf gespannt sein, wie sich der häusliche Streit zwischen deutschnationalen und Kommunisten entwickeln wird, wenn Paul Böttcher mit dem Führer der sächsischen Reaktion, Blüher, um den Ministerposten des Innern raufen wird. Das dürfte ein Schauspiel für Götter geben, und manchem der kommunistischen Glaubensgenossen dürften die Augen aufgehen, wenn Paul Böttcher die reaktionären Maßnahmen der deutschnationalen gegenzeichnen wird.

Diese Kritik ist charakteristisch für die Geistesverfassung in der sozialdemokratischen Partei. In dem jetzigen elenden Kagenjammer suchen sie sich mit Witzen herauszuretten. Die kommunistische Partei Sachsens ist bereit, in vollem Umfange die Verantwortung für die Regierungsbildung auf sich zu nehmen.

Die SPD. ist bereit, zusammen mit den Sozialdemokraten eine tatsächliche Arbeiterregierung zu bilden, die getragen wird von der Kraft und dem Bewußtsein der Massen.

Wenn die Sozialdemokraten diese Regierung nicht wollen, dann wird die kommunistische Partei zusammen mit dem Proletariat Sachsens den Kampf führen, und sogar die Kraft haben, auch gegen den Willen der Sozialdemokratie und gegen die bürgerlichen Parteien eine Arbeiterregierung zustande zu bringen.

Sammenprall der Meinungen entspringt der Feuerkugel der Wahrheit. Die Differenzen müssen offen ausgesprochen werden. Nicht gebuldet darf hingesehen werden, daß sich diese Differenzen zu Fraktionsbildungen kristallisieren. Das wäre die Zerlegung der Partei. Ansätze zu Fraktionen müssen unabsichtlich niedergedrungen werden. Ich sehe keine Gefahr einer rechten Fraktionsbildung. Auf der Linken ist vielleicht eine Fraktionsbildung nicht ausgeschlossen, gerade darum, weil die feste Wurzel einer programmatischen Zielsetzung fehlt. Das beste Mittel, die Partei zielicher und weglar zu machen, ist die gesteigerte Aktivität im täglichen Kampf. Sie ist nicht nur eine Verpflichtung gegen die Internationale, sie ist auch eine Lebensnotwendigkeit des Proletariats.

## Die Spaltung in der französischen Partei

erfolgte nicht so organisch wie in der deutschen Partei. Sie war wesentlich bedingt durch den Impuls der russischen Revolution. In der neuen Partei, die sich in Tours gebildet hat, herrschen noch kleinbürgerliche Illusionen. Hier mußte die Internationale mit starker Hand eingreifen, und sie hat es getan. Der Erfolg dieses Vorgehens zeigte sich in der prächtigen Haltung unserer französischen Bruderverei bei Gelegenheit der Ruhrbesetzung. Auch in Norwegen war die Organisation voll von kleinbürgerlichen, kleinbäuerlichen und reformistischen Ideologien. Auch hier bedeutete der Eingriff des Weltkongresses einen großen Erfolg. In Bezug auf die Sache Schöffel hat der 4. Weltkongreß von einem Eingriff abgesehen, weil die Parteileitung es veräuht hatte, die begangenen Fehler zu rügen, und weil hinter den Kämpfen persönliche Verletzungen standen. Auch hier ist ein Gehundungsprozeß zu konstatieren.

Was der gekamten kommunistischen Internationale noch fehlt, ist die kommunistische Erziehung und Durchbildung, nicht nur der gesamten Partei, sondern jedes einzelnen Mitgliedes. Der 4. Weltkongreß hat den Einmarsch des französischen Imperialismus in das Ruhrgebiet vorausgesehen und die Politik der kommunistischen Internationale darauf eingestellt. Er hat dem Verfall der Betrug den Kampf angeblasen. Während die gesamte kapitalistische Welt zerfällt, ist Sowjetrußland der einzige Staat, wo die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung aufwärts geht. Die Geschichte der russischen Revolution bestätigt

## Die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur.

Nichts ist trichter als die Auffassung, daß der Übergang zum Kommunismus auf friedlichem Wege möglich ist. Die russische Revolution ist nicht nur das Werk einer revolutionären Vorhut, sie war nur möglich durch die Verbindung der kommunistischen Partei Rußlands mit den breiten Massen.

Der 4. Weltkongreß hat ferner aufgerufen mit der Auffassung, daß in Rußland das Ziel der Revolution preisgegeben sei. Die Uebergangsperiode trägt die Wundmale der geschichtlichen Verhältnisse.

## Die Reproperiode

wird aller Voraussicht nach auch bei anderen Völkern und auch unter anderen Formen eintreten. Das wichtigste Ergebnis für die Delegierten aber war, daß sie einen Monat lang gestanden haben unter dem hirnlebens des neuen aufbauenden Lebens, unter dem herrschenden Eindruck des heldenhaften, opferfreudigen russischen Proletariats. Kein Delegierter hat Moskau verlassen, ohne daß er die Empfindung gehabt hat:

„Si he Deine Schuße aus, denn der Boden, auf dem du stehst, ist heilig.“

(Stürmischer Beifall.)  
Es folgte das Referat des Genossen Fris Hecker über den Zweiten Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale. Wir werden es morgen zusammen mit der Diskussion über dieses Referat bringen.

## Schlesische Hundschau.

### Die faszistische Gefahr und die Arbeiterschaft in Oberschlesien.

Ein am 6. Januar in Hindenburg tagender Betriebsrätekongreß wählte eine Kommission, die Maßnahmen gegen die Hakenkreuzler hat beraten hatte.

Ein Mitglied dieser Kommission berichtet uns:

„Nachdem auf Ersuchen der Kommission am 25. Januar 1923 mit dem Regierungspräsidenten Brauweiler in Stadtfelder-Saale eine Vorkonferenz getagt hat, um zu dem wichtigsten Punkte, (Bekämpfung der Hakenkreuzler Stellung zu nehmen, begab sich die obengenannte Kommission zum Oberregierungspräsidenten nach Oppeln unter Hinzuziehung der politischen Parteien. Bemerkenswert ist, daß die SPD. zu dieser Konferenz nicht eingeladen war.“

Am 10. Uhr eröffnete Oberregierungspräsident Bitta diese Konferenz mit folgender Tagesordnung:

1. Wie bekämpfen wir den Wucher?
  2. Stellungnahme zur Bekämpfung der militärisch-kontarrevolutionären Geheimorganisation.
  3. Stellungnahme zur Unterstützung der Ruhrarbeiter.
- Zu Punkt 1 entpann sich eine rege Debatte von seiten der Kommission, indem der Regierung deutlich gesagt wurde, daß sie die größte Schuld habe an dem Wucher, weil sie die Wucherer trotz verschiedener Anzeigen zum größten Teil straflos herum laufen läßt, oder Strafen festsetzt, die diese Leute zum Wuchern herausfordern. Von seiten der Kommission wurde als Mindeststrafe 600 000 Mark verlangt, bei wiederholtem Male Zuchthaus. Ebenso Schließung aller Wucherläden.

Der Oberregierungspräsident erklärte, die Regierung in Oppeln habe keine gezielte Handhabe, diesem Verlangen stattzugeben, und wies auf die Reichsregierung hin, Bemerkenswert ist, wie schon in der Vorkonferenz so auch in dieser Konferenz, daß sich der Gewerkschaftsvertreter Stara vom Christlichen Metallarbeiter-Verband der Regierung in Oppeln in die Arme warf und die Regierung voll und ganz unterstützte, indem er sagte, daß die Regierung in Oppeln alles tue und hier nicht der Ort ist um dem Wucher entgegen zu treten, nebenbei keinen hochwohlwollenden Genossen Mißtraue in Schutz nahm. Selbst seine Kollegen, Betriebsräte der Kommission, wandten sich mit Abscheu in diesen beiden Konferenzen von ihrem Arbeiter-Vertreter.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung verlangte die Kommission restlose Auslösung und Bestrafung der geheimen bewaffneten Banden, indem der Kol. Franz darauf hinwies, daß die Arbeiterschaft sich den Terror dieser Banden nicht wird länger gefallen lassen, und bereit ist, den Generallist zu proklamieren. Hiergegen wandte sich der Gründer dieser Banden, der Offizier a. D. Kleinwächter, indem er dem sogenannten Selbstschutz den Dank aussprach und von der Kommission verlangte, daß sie nicht als Ankläger des Selbstschutzes auftreten soll, vielmehr diesem in Gedanken für seine Tätigkeit die Hand drücken

soll. (Bem.: Es wäre auch der letzte Vogel, der sein eigen Nest beschmutzt.) Die Regierung versprach, mit allen Mitteln einzutreten, um diese Banden zu vertreiben. Ob sie es tut, wollen wir abwarten. Es sollen bereits gegen fünf Führer dieser Banden Haftbefehle erlassen worden sein.

Zu Punkt 3 sprach der Vertreter vom Berg- und Hüttenverein, der darauf hinwies, daß der Arbeitgeber-Verband beschlossen hat, pro Arbeiter und Monat 10 000 Mk. zu geben, ebenso die Zementindustrie Oppelns 30 Mill. Mark für die Ruhrarbeiter bewilligt haben soll. Auf Grund dessen verlangte die Regierung, daß die oberöchl. Bergarbeiter Ueberprüfungen erfahren sollen, auch sollen sie sich einen Abzug vom Lohne und von der Deputatlohn gefallen lassen.

Die Kommission, in Vertretung durch Kollegen Fr. gab folgende Erklärung ab:

1. Restlose Durchführung und Bewilligung der am Betriebsräte-Kongreß gestellten Forderungen.
  2. Die Kommission warnt die Stellungnahme des Arbeitgeber-Verbandes bei den Verhandlungen des Manteltarif ab.
  3. Die Kommission überläßt den 3. Tagesordnungspunkt zur Beratung der kommenden allgemeinen Vertrauensmännertagung.
- Nach dieser Erklärung schloß der Ober-Regierungspräsident diese Sitzung.

Anmerkung der Redakt.: Das Ergebnis der Konferenz ist also folgendes: 1. Das Proletariat in O.-S. wird weiter bewußert, da die Oppelner Regierung machtlos ist. 2. Der Selbstschutz wurde von Herrn Kleinwächter verteidigt. Die Hakenkreuzler werden unter der Flagge des Selbstschutzes weiter rüsten. 3. Die oberöchligen Bergarbeiter sollen sich trotz ihrer Hungerlöhne noch Abzüge vom Lohn gefallen lassen und obendrein Ueberprüfungen erfahren.

Wenn die gewählte Kommission die ihr von der Arbeiterschaft übertragenen Aufgaben wirklich erfüllen will, so muß sie vor allen Dingen durchsetzen:

1. Die Anerkennung der Kontrollauschüsse, den Mitgliedern derselben muß das Recht von Polizeibeamten verliehen werden.
2. Die Bewaffung der organisierten Arbeiterschaft zum Schutz und zur Abwehr der Hakenkreuzler.
3. Sofortige Auflösung aller oberöchlischen sogenannten Selbstschutzverbände und Verhaftung ihrer Führer.

4. Verbot der in Oberschlesien noch erlaubten (in Niederschlesien verbotenen) deutschsozialen Partei, sowie Auflösung aller anderen konterrevolutionären Organisationen.

Daß die Kommission, wenn sie sich nicht lächerlich machen will, alle Abzüge vom Lohn sowie Ueberstunden ablehnen muß, ist selbstverständlich.

Von seiten der Arbeiterschaft wurde betont, daß die Arbeiter sich selbst geschädigt haben, die am Wahltage diesen Kunden ihre Stimme gaben.

## Aus Gewerkschaften und Betrieben.

### Ablehnung der sozialen Zulage.

In einer Mitgliederversammlung des Steinarbeiterverbandes des Steirgaw wurde einstimmig die soziale Zulage abgelehnt.

### Ausbeuter schlägt.

In Neustadt sind die Schuhwarenfabrikanten aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, um nicht den Lohn des Reichstarijs zu bezahlen. Obwohl sie diesen erhöhten Lohn in die Ware ankalkuliert haben, und Neustadt in der dritten Ortsstufe steht, wollen sie nur den Schuhmachern einen Aufschlag, wie den Weibern, bezahlen, der pro Stunde 23 Mark beträgt.

Die organisierten Schuhmacher werden diesen Schlichen der Ausbeuter geschlossenen Widerstand entgegensehen.

### Ablehnung der Ueberprüfungen.

Die Bergarbeiter der Fürstensteiner Gruben in Sintersbach haben mit überwältigender Mehrheit den Beschluß gefaßt, die Leistung der Ueberprüfungen abzulehnen. Die Gewerkschaftsführer hatten pergeßlich alle Redefunft angewandt, um den Kampels die achte Stunde aufzugeben. Der Beschluß der überfüllten, glänzend verlaufenen Versammlung bedeutet eine schwere Niederlage der Verbandsbürokratie.

### Die Belegschaft der H. O. f. B. gegen die Ruhrspende.

Man schreibt uns:

Am 31. Januar fand im Betriebe der Aktiengesellschaft für Webwaren und Beldleidung eine Abstimmung der gesamten Belegschaft statt, ob dieselbe bereit ist, 1 Prozent des Jahreslohneinkommens für die Ruhrspende zu geben; 112 Stimmen waren für die Spende und über 300 Stimmen lehnten die Ruhrspende ab. Man sieht, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, die Schäden, welche Stimmes und Konforzen verursacht haben, auszubaden und diesen noch ein Prozent des Verdienstes in den Rücken zu werfen.

### Stellungnahme des Gewerkschaftsartels Langenbielan zur Ruhrspende.

Am Donnerstag, den 1. Februar hatte das Gewerkschaftsartel eine Versammlung mit dem Thema: „Stellungnahme der Gewerkschaften zur Ruhrspende.“ Das Referat hielt der

SPD-Accordone und Geschäftsführer des Textilarbeiterverbandes, Josef Rang. Der Referent, der die Politik der SPD, der 2. Internationale und der Amsterdamer Verträge, trat für finanzielle Unterstützung der Ruhrarbeiter ein.

Genosse Sobotta, der Korreferent, übte eine sachliche aber vernichtende Kritik an der Politik der 2. Internationale und der Amsterdamer. Genosse Sobotta wies darauf hin, daß die Arbeiter trotz der von der BSW. herausgegebenen und von den Arbeitern besetzten Parole: „Nur die Arbeit kann uns retten“ heute dem Hungertode entgegensehen. Er wies darauf hin, daß die BSW. auch jetzt wieder Burgfriede und Uebersicht predigt und stellte die Frage, wo denn die Macht der Gewerkschaften in der jetzigen Situation liege.

Das inhaltlich und formell glänzende Referat des Genossen Sobotta fand ungeteilten Beifall. Der BSW-Mann, der im Schlußwort nur ein vor Mut und Belegenheit hilfloses Geklingel hervorbringen konnte, holte sich eine jämmerliche Abfuhr. Bergemann verurteilte die Galle aus Langenbielau, durch einen auf den Kopf gestellten Bericht dem Oststädtler beizubringen.

Die Arbeiter in Langenbielau und Peterswaldbau haben die Politik der Lang und Konforten durchschaut. Anmerkung der Redaktion: Einen ausführlichen Bericht über die Versammlung müssen wir infolge Raummangel leider noch zurückstellen.

**Die Langenbielauer Transportarbeiter gegen den Ausschluss des Kollegen Orothe aus dem Verband.**

Die Langenbielauer Transportarbeiter sind über den Ausschluss des Kollegen Orothe aus dem Verband empört. Sie haben in ihrer letzten Versammlung den Beschluß gefasst, die sofortige Wiederaufnahme des Kollegen Orothe in den Verband zu fordern, da derselbe die Interessen der Arbeiter in rücksichtsloser Weise vertrete und keinerlei verbandschädigende Handlungen begangen hat.

**Cotales.**

**Breslau. Zapaden, Herr Wohnungskommissar!**

Das Wohnungsamt gibt vor, den Bedürftigen helfen zu wollen, eine Wohnung zu finden. Allerdings ist praktisch wenig davon zu spüren. Bekannt ist nur, daß derjenige, der sich aus Wohnungsamt wendet, sicher keine Wohnung bekommt, höchstens wird ihm nach mehrjährigem Warten ein finstres Loch zugewiesen, in das ein schlechter Hüttentierchen nicht seine Schweine steden würde. Das muß jedoch eingeschränkt werden. Es trifft nämlich nur zu, soweit der Wohnungsuchende ein Prolet ist.

Das Wohnungsamt versetzt sich dahinter, daß es keine Wohnungen gebe. Wir wollen heute dem Wohnungskommissar eine Gelegenheit zum Zapaden geben und erwarten, daß er nun unverzüglich daran geht, einem von den 2 tausenden wohnungslosen Arbeitern ein Eckdach zu verschaffen. Im Hause Kirchstraße 18/20 ist im 4. Etod eine Zweizimmerwohnung leer. Die Wirtin weigert sich, die Wohnung freizugeben. Bisherig ist diese Kaufsache von einem Arbeiter dem Wohnungskommissar gemeldet worden. Jedoch ist nicht eingegriffen. Der Arbeiter wird auch noch hundertmal gefragt. Jetzt hat die Wirtin die Klinten abgeschraubt und die Fenster verhängt.

Es ist eine Schande, daß bei der jetzigen unglücklichen Wohnungsnot Zimmer leer stehen bleiben! Warum hat der Wohnungskommissar noch nicht dagegen unternommen? Sollte es etwa ein Hindernisgrund sein, daß der Schwager der Wirtin Amtsgerichtsrat ist?

Herr Wohnungskommissar, packen Sie zu! Warum zögern Sie?

**↑ Auch das Oststättchen wird leerer.** Vom 1. Februar 1923 ab werden für die Benutzung der städtischen Entlastungsanstalt anstelle der bisherigen Gebühren folgende Beiträge erhoben: Für eine Entlastung auf polizeiliche Anweisung 10 Mk., auf Veranlassung der Krankenkassen, von Krankenanwaltern, etc., sowie auf eigenen Wunsch oder den der Dienstgeber oder der Schulverwaltung 20 Mk. Entlastung auf Veranlassung des Wohlhabenden oder seiner Hinterbliebenen ist für die zu entlastende Person abhörsamer. — Hoffentlich wirken sich diese Erhöhungen nicht zum Nutzen der Lasse aus.

**↑ Die städtische Holzballenanstalt verkauft bis auf weiteres Brennholz wieder an Private.** Geübert wird auf frei Keller auf städtische, mündliche oder fernmündliche Bestellung. Fernverkehr Ring 64/4 und Magistraße 61. Selbstabholung von Brennholz in der Anlage kommt nicht in Frage. Auch wird Holz in Händler und Wiederverkäufer nicht abgegeben.

**↑ Apotheken-Eröffnung.** Am 1. Februar eröffnet der Apotheker R. Philipp Richardstraße, Ecke Wirtstraße, die Umland-Apothek.

**Waldenburg.** Die Heberischen aus Waldenburg sind aus geschlichen: 700 Bergarbeiter arbeiten von Montag morgen ab nicht die 8 Stunden, 12000 Bergarbeiter arbeiten die 8 Stunden. In den übrigen Gebieten geht es drunter und drüber. Heute findet eine Betriebsrats-Konferenz statt, die zur Klärung der Stellung nehmen soll.

**Waldenburg.** Eine Christenwoche fand hier vom Montag den 29. Januar bis Sonntag, den 4. Februar statt. Als Redner hatte sich ein Rechtsanwalt Dr. Berg aus Neu-Strehly (Mörsenburg) eingefunden. Die Theman lauteten: Die kommende Weltkatastrophe. Ein Kampf auf Leben und Tod. Gal der Sozialismus Recht? usw. Für Montag hatte man das Thema „Hat der Sozialismus Recht?“ angelegt und dazu alle Gewerkschaftsmitglieder eingeladen. Freie Aussprache war vorgesehen. Das Jugendheim war überfüllt. Alles härrte der Dinge, die da kommen sollten. Der Redner betonte gleich zu Anfang, er spreche nicht für eine politische Partei, sondern im Namen Christi. Er führte aus: Von einem Teil der bestehenden Klasse ist durch Unterdrückung der Arbeiter der Sozialismus großgezüchtet worden. Die Lehre Christi sei der richtige Sozialismus. Die Kommunisten wollten alles enteignen. Grund, Boden, Maschinen, Vieh, kurzum alles. Der Redner schloß auch in den russischen Verhältnissen herum und meinte schließlich, wir sollten erst mal in Herzen Revolution machen. Sein ganzer Vortrag war darauf eingestellt, die Waldenburg Arbeiter wieder zu Christen zu machen. In der Diskussion sprach als erster Genosse M. a. Er wies nach, daß die Leute, die das Wort Gottes am meisten im Munde führen, am wenigsten danach leben. Ferner schilderte er, daß die Kirche mit der alten nazarener Lehre nicht im Einklang steht und nur ein Bollwerk der kapitalistischen Klasse ist. Während des Krieges wurden die Gloden heruntergeholt und daraus Mordinstrumente gemacht. Und statt, daß die Geistlichkeit in allen Ländern gegen das Völkermorden aufrief, segnete sie das Blutvergießen. Alles Beten hat nichts genutzt. Die christlichen Arbeiter müssen den Hungerriemen ebenso enger schnallen wie die Nichtiggläubigen. Die Reichen haben den Himmel auf Erden und kümmern sich nicht um das Jenseits. Nur den Arbeitern verfuht man, den Vornweg ihrer Ausbeutung mit der Berührung auf das Jenseits leicht zu machen. Der mehrmalige Beifall zeigte, daß Genosse M. a. der Mehrheit der Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Es sprach noch der Gen. Gebulla, der u. a. hervorhob, daß Gott der Arbeiter nicht helfen wird, wenn sie sich nicht selbst hilft. Auch ein SPD-Arbeiter griff in die Diskussion ein. Zum Schluß frag der Redner, ob nicht auch jemand in seinem Sinne reden wolle. Und siehe da, ein Jüngling vom christlichen Verein junger Männer aus Lauban auftrah! Er wollte aus eigener Erfahrung weisen, daß es einen lieben Gott gibt. (Wievollig ist's kein Vater, wer weiß?) Es fiel schwer, alle Fragen der Arbeiter zu beantworten und so endete die Versammlung mit den leeren Worten: Der Geist lebt weiter. — Auf Wiedersehen! — Das war der erste und wird wohl der letzte Vortrag über dieses Thema gewesen sein, bei dem man eine Diskussion zu lassen hat. Ja, bemerkenswert ist, daß die hiesige Sozialdemokratie sich zu diesem Thema überhaupt nicht äußerte.

**Waldenburg.** Die nationale Sozialdemokratie. Die SPD betont fortwährend, nichts mit dem nationalistischen Kummel gemein zu haben. Die Tatsachen sprechen aber für sich. Es gehört eine gute Portion Demagogie dazu, in einem Atemzuge den Nationalismus abzulehnen und ihn gleich hinterher zu verherrlichen. Ein Reiterstück in dieser Beziehung leistete sich Herr Redakteur Lischer von der „Sozialen Bergwacht“ in der am 25. Januar von der SPD abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung. Lischer stellte die Behauptung auf, daß auf den internationalen Sozialistenkongressen nie ein Beschluß gefaßt worden sei, ausbrechende Kriege zu unterbinden oder den Versuch zu machen, sie zu verhindern. Somit habe sich auch die Sozialdemokratie 1911 der Landesverteidigung angeschlossen und sich nach dem 9. November auf den Boden der Erfüllung und Wiederaufbaupolitik gestellt. Nichts würde sie abhalten, diesen Weg weiter zu gehen. Lischer glaubte, keiner Partei deshalb ein Lob ausprechen zu müssen, seien doch die „widerstandsfähigen Gesellen“, die einstigen Vaterlandsparteidiger, die es ehrlich in dieser Hinsicht meinen. In der Diskussion geriet Genosse Franz dieser Herr auf dem Sozialismus und betonte, daß es für die arbeitenden Arbeiter kein Vaterland gibt und die Interessen der Kapitalisten nichts mit den Interessen der Arbeiter gemein haben. Auf Grund dieser Anschauung muß die Arbeiterpartei zur Aufnahme einer Massenbewegung Stellung einnehmen. Das darauf gehaltene Schlußwort, welches Lischer in seiner bekannten Schlußweise auf die Kommunisten hielt, wurde ausdauernd hürmlich von Sympathisierenden der SPD unterbrochen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie frönte man den nationalistischen Kummel.

**Schwarzwaldbau.** Aus der Partei. Die von der SPD zum 28. Januar einberufene offene Mitglieder-Versammlung war von circa 30 Personen besucht. Einen einundzwanzigstündigen Vortrag über das Thema: „Die politische Lage und der Klassenkampf“ hielt Genosse Diebold. Die Anwesenden verfolgten mit regem Interesse seine Ausführungen. In der Diskussion nahm Genosse Seidel, Schwarzwaldbau das Wort. Er begte Jozefel an den Fortbehalten einer Ortsgruppe, weil der Partei in der Versammlung wohl Interesse entgegengebracht würde, die Arbeiter aber zu Hause ganz anders sind. Dann streifte er die Bewegung in Ruhrgebiet. Er wies darauf hin, welches Gefährd allerwärts über die Verbeitung von Drogen und Konforten angeht, während tausende revolutionäre Arbeiter

in den Gefängnissen der „freien“ deutschen Republik schmachten. Im Schlußwort zerstreute Genosse Diebold die Zweifel des Genossen Seidel und zeigte, daß beim guten Willen einiger Genossen die Ortsgruppe wieder in die Höhe gebracht werden kann. Daß unsere Partei in nächster Zeit auch in unserem Orte wieder besser wird, beweist der Schluß der Versammlung. Es wurden 9 Genossen aufgenommen, die sich zu eifriger Mitarbeit erklärten. Nach vollzogener Vorstandswahl gingen die Genossen in guter Stimmung auseinander.

**Deutzen OS.** Unglaubliche Verhältnisse an der Eisenbahn. Durch die schwierigen Wohnungsverhältnisse und die neue Grenze sind viele Arbeiter gezwungen, mit der Eisenbahn nach der Arbeitsstelle zu fahren. Ueber die Verhältnisse, die dort herrschen, muß man staunen. Die oberste Eisenbahn-Direktion könnte sich wirklich etwas mehr um guten Verthe der Arbeiterzölge bemühen. Sie ist doch sonst so auf den Posten. Erst vor wenigen Monaten hat sie ja einen D-Zug in Deutzen eingesetzt, damit die Schieber eher und bequemer nach Berlin kommen. Schon lange herrscht im Verkehr der Arbeiterzölge große Unordnung und die Direktion unternimmt nichts dagegen. Man kann die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn man sich z. B. das Bild an der Sperre auf Bahnhöfen vor Augen stellt, an dem man die Zugverteilung vornimmt. Die Arbeiter müssen pünktlich 6 Uhr durch das Fabriktorren. Da kommt es schon vor, daß einige Wagemutige einen Zug gegen den Zug anfahren, um rechtzeitig nach der Arbeit zu kommen. Über schon hat die Schupo die „schweren Verbrecher“ am Kragen und schleppt sie weg. Nicht lange mehr und hinter jedem Arbeiter steht ein Schupobeamter, womöglich noch mit einem Knüttel. Natürlich müssen die Arbeiter auch diese Beamten bezahlen. Man sollte lieber ein paar Eisenbahnbeamte mehr einstellen und dem mittags auf der Nachhausefahrt. Erst steht man, womöglich noch bei Regenwetter, lange auf dem Bahnsteig. Dann kommt der Zug an und hat glücklicherweise zwei Wagen 4. Klasse. Und dann sind es auch noch Wagen von anno dazumal, in die man nur durch zwei Eitonen einsteigen kann. Natürlich hat keiner der durchwärtigen Arbeiter Lust, sich auf die Plattform zu stellen, oder ins Bretterhäuschen zu steigen. So herrscht ein unglaubliches Gedränge. Es ist angebracht, daß die Eisenbahn-Direktion sich endlich einmal bemüht und für besseren Verkehr der Arbeiterzölge unter Berücksichtigung des Schichtwechsels sorgt. Dadurch werden unliebsame Zwischenfälle vermieden und Schupobeamte überflüssig, die für nützlichere Arbeit verwendet werden können. Auch der Bahnhofsvorsteher ist für den jetzigen Verkehr zu klein. Es wird Zeit, daß vor dem Bahnhof ein Dach angebracht wird, damit die wartenden Arbeiter nicht im Regen und Schneegestöber stehen müssen. Die Proleten geben durch den Steuerabzug dem Staat genügend Geld. Man mag er auch einmal etwas für sie tun.

**Briefkasten.**

**Hannau.** Gen. Schinke. Der Versammlungsbericht ist leider veraltet.  
**Breslau.** Gen. Ida Punde. Das „Eingesandt“ braucht nicht verlässlich zu werden, da sich die Voraussetzung nicht erfüllt hat.  
**Breslau.** Erich Langner. Die Gedichte eignen sich nicht zur Veröffentlichung.  
**Langenbielau.** Gen. Reichel. Anzeige für Donnerstag-Versammlung ging verspätet ein.

**Versammlungs-Kalender.**

Für jede Seite aus dies. Rubrik muß ein Betrag von 10 K gezahlt werden.

**KJD** Bezirksleitung: Max Gläser, Breslau 1, Altstadtstr. 49/50. Postfachkonto: Breslau 6756 Max Gläser.

**Breslau.** Heim Kreis. Dienstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Schule, Mittelhausstr., Preisabend: Das Parabel vom Wasserbeden. Gäste sind willkommen.  
— Heim Liebknecht. Dienstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, Schulhaus, Kleinritz, Vortrag über: „Von Unkommunismus zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“ Gäste willkommen.  
— Heim Crotzki. Dienstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, in der Fürstenschule, offene Heimmitglieder-Versammlung. Gäste haben Zutritt.

**KKG** Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Werner Jischer, Breslau, Nikolaistr. 16/30.

**Breslau.** Dienstag, den 6. Februar, nachm. 4:30 Uhr, im Minoritenhof, Preisabend: Arbeitereltern, schick eure Kinder in die kommunistische Kindergruppe.

**Gewerkschaften**

**Frühberg.** Donnerstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, im „Buchwald“ (Klein-Godol), Kartell-Versammlung.

**Gleiwitz.** Achtung Kartelldelegierte. Im Mittwoch, den 7. Februar, abends 6 Uhr, findet im „Gewerkschaftsraum“ die fällige Sitzung des Ortsausschusses statt. Diese Sitzung ist außer wichtig, da in derselben Stellung zu den Gewerkschaftswahlen genommen wird. Alle Delegierte und Vertretungsleute haben zu erscheinen.

**Berantwurf.** f. d. gesamt. Inhalt. Th. K. a. n. i.; Jufarate: Ma r 31 G o e r. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. S. m. b. H. sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus.**  
Curtius-Str. 7  
Jeden 9. 2. 25  
Schauspielhaus  
Zweite u. drittel 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ubr  
Schauspielhaus  
Zweite u. drittel 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Ubr  
in neuer Ausstattung.  
Die Geißel.

**Zeltgarten**  
Ab 1. Februar täglich:  
**Ringkampf-konkurrenz und Variete.**

**Achtung! Wo?**  
kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungsgegenstände zum billigsten und vortheilhaftesten Preis.  
Bei H. Kluge  
Rosenstr. 12, I.

**Sie müssen wenn Sie einen Anzug brauchen, nach Klosterstr. 43 gehen.** Bei der enormen Auswahl finden auch Sie etwas preiswerteres. Nur Einzelverkauf.  
W. H. Ed. Schuler.

**Arbeiter Angestellte Beamte**  
Am Mittwoch, den 7. Februar, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in den „Zentral-Ballsälen“, Westendstr. 50 52  
**Oeffentl. Volks-Versammlung**  
Vaterländische Streik-Rasse? oder proletarische Solidarität?  
So lautet das Thema unser Punkt 1 der Tagesordnung. Zu Punkt 2 erfolgt freie Aussprache.  
Proletariat! Wenn ihr wissen wollt, was mit den Sammlungen „Brüder im Noth“ und „Kampfer“ bezweckt wird, so erscheint zahlreich zu dieser Aussprache.  
Betriebsräte-Bezirksausschuß Breslau.

**Sieben neu erschienen:**  
**Spitzel.**  
Aus dem Kampf der politischen Polizei.  
Brochüert, 61 Seiten stark, Preis 600 K.

**Das zukünftige Petrograd.**  
Von G. Zyperowitch.  
Brochüert, 137 Seiten stark, Preis 600 K.

**Theorie des historischen Materialismus.**  
Von K. Bucharin.  
Brochüert, 372 Seit. stark, Preis 3000 K.  
Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. S. m. b. H.  
Breslau, Nikolaistr. 49/50.  
Abteilung: Buchhandlung.

**Matthias-Kino**  
Matthiasstraße 38.  
Mollkestraße 9.  
Verlängert  
**Eddi Polo**  
in dem großen Zirkus

**Kaufe Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngebisse Uhren**  
zu höchsten Tagespreisen  
**E. Beyer**  
Blücherstraße 15

**Weltmarktpreise für Almetalle**  
Kupfer, Rotgull, Messing, Zink, Blei, Aluminium, Zinn und Eisen zahl.  
**Otto Glück**  
Einkaufsstelle  
Friedr.-Karlstr. 5, Hot.

**Haare Schafwolle u. dergl.**  
**L. Frankfurter**  
Lange Holzgasse 1  
Teichstr. 117.

**Krapottin-Gedächtnisfeier**  
Konzert Rezitation / Gesang (Männerchor)  
veranstaltet von der „Freien Vereinigung aller Berufs-“ (Schulheiferen).  
Donnerstag, den 8. Februar 1923  
in der Aula der Hilfsschule, Hagenstr. 9

**Cirkus Gray**  
2 Teile  
in jedem Spielplan

**Zähle die höchst. Tagespreise**  
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle  
**Genoelle Kraale,**  
Rosenstr. 50

**Anzüge**  
fertig und nach Maß  
nach eigen. Anfertigung  
**Paul Winkler**  
Klosterstr. 43

**Haare Schafwolle u. dergl.**  
**L. Frankfurter**  
Lange Holzgasse 1  
Teichstr. 117.

Hast Du schon  
**das Kommunistische Einmaleins gekauft?**